



HESSISCHER LANDTAG

09. 12. 2015

WVA

Berichts Antrag
der Abg. Grüger, Frankenberger, Barth, Eckert, Faeser, Gremmels,
Weiß (SPD) und Fraktion
betreffend Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit der
Landesregierung

Im Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 12. Juni 2014 bekräftigen die Ministerpräsidenten der deutschen Länder die Verantwortung ihrer Länder für die Entwicklung der Entwicklungsländer und für die Erreichung der Millenniumsziele und kündigen einen Beitrag der deutschen Länder zur Post-2015-Agenda für nachhaltige (globale) Entwicklung an. Zugleich verharret der Haushaltstitel 39 des Landes Hessen für entwicklungspolitische Inlands- und Entwicklungszusammenarbeit auf sehr niedrigem Niveau - insbesondere im Vergleich zu Nachbarländern wie z.B. Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, die ein Vielfaches der 360.000 € im hessischen Landeshaushalt für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stellen. Dabei hatten die CDU-geführten Landesregierungen den Haushaltstitel 39 bereits auf einen Tiefpunkt von 210.000 € im Jahre 2009 heruntergeschraubt.

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung (WVA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Welche Ziele verfolgt die Landesregierung in der Entwicklungspolitik/Entwicklungszusammenarbeit?
2. Welcher Instrumente bedient sich die Landesregierung bei der Verfolgung dieser Ziele?
3. Mit welchen Akteuren arbeitet die Landesregierung in diesem Zusammenhang zusammen?
4. In welcher Weise arbeitet die Landesregierung mit den von ihr genannten Akteuren zusammen?
5. Welche konkreten Projekte verfolgt die Landesregierung zurzeit in der Entwicklungspolitik/Entwicklungszusammenarbeit?
6. Wie bewertet die Landesregierung das Zusammenspiel der Entwicklungspolitik/Entwicklungszusammenarbeit der Landesregierung mit der Entwicklungspolitik/Entwicklungszusammenarbeit der Bundesregierung?
7. Welche Beispiele gibt es für die diesbezügliche Antwort der Landesregierung?
8. Wie bewertet die Landesregierung das Zusammenspiel der Entwicklungspolitik/Entwicklungszusammenarbeit der Landesregierung mit der Entwicklungspolitik/Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Kommission?
9. Welche Beispiele gibt es für die diesbezügliche Antwort der Landesregierung?
10. Welche Auswirkung würde aus Sicht der Landesregierung das Inkrafttreten von TTIP und CETA für die Entwicklungsländer haben?
11. Was wäre aus Sicht der Landesregierung ein für das Erreichen der Ziele nachhaltiger Entwicklung (Sustainable Development Goals = SDG) geeignetes Welthandelsregime?
12. Wie wird die Hessische Landesregierung die SDGs umsetzen und in die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes einbinden?

13. Wie wird die Hessische Landesregierung Kommunen unterstützen, die die SDGs als Handlungsauftrag für das eigene Handeln ansehen?
14. Wie bewertet die Landesregierung die Energiewende aus entwicklungspolitischer Sicht?
15. Welche Rolle spielt aus Sicht der Landesregierung die Entwicklungspolitik/Entwicklungszusammenarbeit bei der Bekämpfung von Fluchtursachen?
16. Wie bewertet die Landesregierung das vereinbarte Ziel, 0,7 % des BIP für Entwicklungszusammenarbeit (ODA - Official Development Assistance) aufzuwenden?
17. Plant die Landesregierung einen konkreten Aufwuchspfad ihrer Mittel für Entwicklungszusammenarbeit als Beitrag zur Erreichung des 0,7-%-ODA-Ziels und wenn ja, welche Steigerungsschritte sind in der Finanzplanung vorgesehen?
18. Wie gewährleistet die Landesregierung die Einbeziehung und Berücksichtigung von vorhandenem Engagement und vorhandenen Kompetenzen in der Nord-Süd-Zusammenarbeit und wie nutzt sie die Expertise von migrantisch-diasporischen Gruppen?
19. Wie viele Treffen fanden seit Januar 2014 zwischen dem zuständigen Staatsminister oder Staatssekretär mit dem EPN statt?
An welchen Terminen fanden diese Treffen statt?
20. Plant die Landesregierung eine partizipative Konzept(fort)entwicklung zu entwicklungspolitischen Leitlinien mit klarem Zeitplan und definierten Beteiligungsformen?
21. Was spricht aus Sicht der Landesregierung für eine überjährige Förderung und für eine Aufhebung der 40-%-Grenze bei der Förderung der Auslandsarbeit?
22. Wie stellt die Landesregierung Transparenz zur Umsetzung entwicklungspolitischer Maßnahmen in den unterschiedlichen Ministerien her?
23. Haben zivilgesellschaftliche Akteure klare Ansprechpartner der Landesregierung zum Thema Entwicklungszusammenarbeit und wenn ja, welche?

Wiesbaden, 8. Dezember 2015

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel

Grüger
Frankenberger
Barth
Eckert
Faeser
Gremmels
Weiß